

Kompetenzorientierung zerstört gymnasialen Bildungsauftrag

Im Zuge der Diskussion um für Deutschland zum Teil unbefriedigende Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien im Bildungswesen haben PISA-Konsortium und Bildungspolitik aller Parteirichtungen u.a. eine grundlegende Umsteuerung von der Inhaltsorientierung der in Deutschland bis dahin üblichen Lehrpläne (sog. Input) hin zu einer Kompetenzorientierung (sog. Output) propagiert und in weitem Maße bereits umgesetzt. Dieser radikale Paradigmenwechsel, der einen grundlegenden Bruch in der deutschen Bildungstradition darstellt, soll die Effizienz schulischen Lernens entscheidend steigern und somit zu einer deutlichen Verbesserung der Ergebnisse künftiger internationaler Vergleichsstudien führen.

Die Vertreterversammlung 2010 des Philologenverbandes Niedersachsen ist jedoch der Überzeugung, dass das Gegenteil die Folge sein wird.

Kompetenzbegriff führt zu einer technokratischen Vorstellung von „Bildung“

Der Kompetenzbegriff ist trotz aller wissenschaftlichen Expertisen zu dieser Thematik nach wie vor unklar, leerformelhaft und führt somit zu einer technokratischen Vorstellung von „Bildung“, die die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler in ihrer Gänze, die sozialen, emotionalen und moralischen Aspekte ihrer Entwicklung und Reifung ausblendet.

Die mit der Hinwendung zu abstrakten Kompetenzen einhergehende Abkehr von fachlich konstitutiven Inhalten führt nach Auffassung des Philologenverbandes Niedersachsen zur Zerstörung der Grundlagen jeglichen wissenschaftspropädeutischen Unterrichts, der zentralen Aufgabe gymnasialer Bildungsarbeit. Der im Zuge der beschriebenen Entwicklung konstruierte Gegensatz von fachlichem Wissen und Kompetenzen missachtet deren sinnhaften Zusammenhang: jeweils fachbezogene Kompetenzen können nur aus der Grundlage eines fundierten fach-inhaltlichen Wissens erwachsen. Allgemein gehaltene Kompetenzen hingegen ohne konkrete fachliche Grundlegung sind oberflächliches Wortgeklingel. Sie haben mit Bildung im wohlverstandenen Sinne nicht das Geringste zu tun.

Zunehmende Methodenorientierung des Unterrichts entwertet Wissen

Die zugleich zu beobachtende zunehmende Betonung der Methodenorientierung des Unterrichts verstärkt diese Entwicklung in fataler Weise: Je größeres Gewicht der Kommunikation, dem Referieren, Präsentieren, dem multimedialen Arbeiten beigemessen wird, desto geringer fällt der Stellenwert des fachlichen Kenntniszuwachses aus. Bessere Zensuren, vermehrte Vergabe schulischer Abschlüsse gehen einher mit immer geringer werdendem Wissen der Schülerinnen und Schüler. Eine solche Entwicklung kann und darf sich eine auf Wissen angewiesene Gesellschaft nicht leisten.

Gymnasiale Bildung lässt sich nicht auf messbare Kompetenzen reduzieren

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen unterstreicht daher erneut ihre Auffassung:

Gymnasialer Unterricht muss über unmittelbare Verwertungsinteressen hinausgehen, wenn er seinem ihm gesetzten Ziel gerecht werden soll, Menschen zu bilden und sie zu verantwortungsbewusstem Handeln zu befähigen. Die bloße Kompetenzorientierung führt nicht zu einer umfassenden Bildung des einzelnen Menschen, die zu vermitteln sich das Gymnasium verpflichtet weiß, sondern zu oberflächlichen Qualifikationen, bei denen im Extremfall Tests

bis hin zu Abituraufgaben ohne fachinhaltliche Kenntnisse gelöst werden können. Als Beispiel sei nur genannt, dass Schülerinnen und Schüler einer 9. Klasse in Nordrhein-Westfalen die Abituraufgaben in Biologie ohne Vorbereitung zum Teil mit gutem und sehr gutem Ergebnis bestehen konnten.

Gymnasiale Bildung muss demnach mehr leisten und darf sich nicht auf einen bloß messbaren Erwerb von Qualifikationen oder Kompetenzen reduzieren lassen, wie es derzeit in Verkennung der wirklich bedeutsamen Zielsetzungen von Unterricht und Erziehung und damit in der falschen Annahme, den Bedürfnissen der Gesellschaft zu entsprechen, propagiert wird.

Erst schulische Zielsetzungen, die darüber hinausgehen, schaffen nämlich die Voraussetzungen für den Menschen, sich in Beruf und privatem Leben zu entfalten und teilzuhaben am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Demnach muss die Schule in ihrer Erziehungsarbeit besonderen Wert darauf legen, dass Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, als eigenverantwortlich handelnde Menschen ihre Chancen zur Selbstverwirklichung wahrzunehmen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich befähigt zu fühlen, Antworten auf Sinnfragen zu suchen und zu finden.

Ein Kanon notwendiger Inhalte und unterrichtlicher Gegenstände ist für alle Fächer des gymnasialen Unterrichts unverzichtbar

Die Wahrnehmung und Sicherung des schulischen Erziehungsauftrages hat dementsprechend in entscheidendem Maße auch eine anthropologische Dimension, der der Unterricht zu genügen hat. Die Auswahl der unterrichtlichen Gegenstände hat unter dem Aspekt zu erfolgen, ob damit erzieherische Wirkungen erzielt werden können oder nicht.

"Bildung" hat demnach einen Unterricht zur Voraussetzung, der sich der Zielsetzung bewusst ist, den Menschen an bestimmten, sorgfältig gewählten Gegenständen zu bilden, ihn an den Gegenständen seines Lernens zu formen und ihn an ethischen Kategorien auszurichten, denen er in diesen Gegenständen begegnet. Ein Kanon notwendiger Inhalte und unterrichtlicher Gegenstände ist daher für alle Fächer des gymnasialen Unterrichts unverzichtbare Voraussetzung für eine Menschenbildung, wie sie oben beschrieben wurde.

Bei der längst fälligen Korrektur und Überarbeitung all dessen, was unter den Bezeichnungen „Bildungsstandards“, „Kerncurricula“ und „Kompetenzen“ genannt ist, müssen daher neben der Vermittlung so genannter Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler auch unverzichtbare Unterrichtsgegenstände und Inhalte für alle Fächer bezeichnet und bestimmt werden, damit wieder „Bildung“ stattfindet.

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen fordert daher das Niedersächsische Kultusministerium nachdrücklich auf, die kritischen Einwände, die zunehmend gegen die Kompetenzorientierung des schulischen Unterrichts erhoben werden, ernst zu nehmen und die Fehlentwicklungen der letzten Jahre einer grundlegenden Revision zu unterziehen.

Goslar, im November 2010